

Musterfeststellungsklage

Einführung | Beratung | Gestaltung

Bearbeitet von
Herausgegeben von: Christian Nordholtz, und Martin Mekat

1. Auflage 2019. Buch. 313 S. Gebunden
ISBN 978 3 8487 5255 3

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Nordholtz | Mekat [Hrsg.]

Musterfeststellungs- klage

Einführung | Beratung | Gestaltung



Nomos

NOMOSPRAXIS

Dr. Christian Nordholtz, M.Jur. (Oxford) |
Dr. Martin Mekat, M.Jur. (Oxford) [Hrsg.]

Musterfeststellungs- klage

Einführung | Beratung | Gestaltung

Dr. Eike Bleckwenn, LL.M. (Georgetown), Rechtsanwalt in Hannover | **Dr. Stephan Boese**, LL.M. oec., Rechtsanwalt und Notar in Braunschweig | **Dr. Martina de Lind van Wijn-
gaarden**, LL.M. (Columbia), Rechtsanwältin in Frankfurt am Main | **Dr. Ilka Heigl**, Rechts-
anwältin und Notarin in Frankfurt am Main | **Dr. Roman Mallmann**, Rechtsanwalt in
Düsseldorf | **Dr. Martin Mekat**, M.Jur. (Oxford), Rechtsanwalt in Frankfurt am Main |
Dr. Christian Nordholtz, M.Jur. (Oxford), Rechtsanwalt in Hannover | **Larissa Normann**,
Rechtsanwältin in Frankfurt am Main; **Dr. Michael Rohls**, LL.M. (Berkeley), Rechtsanwalt
in München | **Dr. Bettina Schmaltz**, Rechtsanwältin in Frankfurt am Main | **Dr. Hans-
Patrick Schroeder**, M.L.E., Rechtsanwalt in Hamburg



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5255-3

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Zum 1. November 2018 ist das Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage in Kraft getreten. Sie verfolgt das Ziel, Verbraucherinnen und Verbrauchern die Rechtsdurchsetzung bei Massenschädigungen zu erleichtern und Prozesskosten zu vermeiden. Die Verabschiedung durch den Bundestag erfolgte allerdings unter Zeitdruck und wurde sehr unterschiedlich aufgenommen: Als „*Meilenstein für Verbraucherrechte*“ wird die Musterfeststellungsklage bezeichnet, aber auch als „*Placebo-Gesetz [...], dessen Effektivität nahezu gleich null sein wird*“. Gerade aufgrund der hitzigen Diskussion, die der Einführung voranging, ist es nun umso wichtiger, mit der Musterfeststellungsklage fachlich sicher umgehen zu können.

Mit diesem Handbuch soll Praktikern daher ein Wegweiser zur Hand gegeben werden, der eine effektive und effiziente Handhabung ermöglicht und auf den jederzeit zurückgegriffen werden kann. Das Werk beleuchtet – aus der Perspektive eines Praktikers – das gesamte Musterfeststellungsverfahren sowie dessen Auswirkungen auf Folgeprozesse. Beispiele, Praxistipps und Musterformulierungen runden die Darstellung ab, so dass eine umfassende Übersicht zur Anwendung des noch jungen Gesetzes bereitgestellt wird.

Die Aufnahme eines Musterverfahrens in die eigentlich auf Einzelpersonen abstellende deutsche Zivilprozessordnung ist neu. Zwar existieren mit dem KapMuG und dem UKlaG bereits Muster- bzw. Verbandsverfahren außerhalb der Zivilprozessordnung, die eine kollektive Rechtsdurchsetzung erleichtern. Diese sind aber nur in besonderen Konstellationen anwendbar. Die Musterfeststellungsklage ist nun erstmalig als eigenständige Klageart in die Zivilprozessordnung eingebettet und ermöglicht es Verbraucherinnen und Verbrauchern, individuelle Ansprüche auch ohne Spezialgebietsbezug vereinfacht durchzusetzen.

Doch dieses Grundkonzept wirft eine Reihe von Rechtsfragen auf: In welchem Verhältnis steht das Musterfeststellungsverfahren zu bereits initiierten Individualprozessen? Unter welchen Voraussetzungen tritt die Bindungswirkung ein? Kann ein Unternehmen Rechtsschutz gegen die Bekanntmachung der Musterfeststellungsklage einlegen? Dass dabei nicht nur die Eigenheiten des neuen Rechtsschutzinstruments selbst, sondern auch dessen Wechselwirkungen mit den sonstigen allgemeinen Bestimmungen der Zivilprozessordnung im Fokus stehen, leuchtet ein. Es sollen daher diese praxisrelevanten Besonderheiten im vorliegenden Werk aufgeschlüsselt und betrachtet werden.

Unentbehrlich für ein Praxishandbuch sind naturgemäß die Erfahrungen aus der Praxis – erst recht, wenn sich die praktische Handhabung des noch jungen Gesetzes durch die Gerichte erst noch entwickeln muss. Maßgebende Rolle dürfte dabei die bisherige Verfahrensweise mit den anderen Instrumenten des kollektiven Rechtsschutzes spielen, welche die Autoren dieses Handbuchs während ihrer langjährigen und intensiven Beschäftigung im Bereich der Prozessführung im In- und Ausland ken-

Vorwort

nenlernen konnten. Insbesondere die Erfahrung aus solchen Verfahren stellt eine wichtige Grundlage für die sich erst noch entwickelnde Praxis der zivilprozessualen Musterfeststellungsklage dar.

Oktober 2018

Die Herausgeber

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
§ 1 Einleitung (Nordholtz)	19
I. Einleitung	20
II. Zwecksetzung des Gesetzgebers und Gesetzgebungsentwicklung	21
1. Gesetzgeberische Intention	21
2. Ausdrücklich benannte Zwecksetzung des Gesetzgebers	22
a) Überwindung rationalen Desinteresses	22
b) Verbraucherschutz	25
c) Auflösung einer Wettbewerbsverzerrung	26
d) Verminderung des Prozessrisikos	27
e) Vertretung durch qualifizierte Verbraucherschutzorganisationen	28
f) Verfahrensbeschleunigung bei verbraucherrechtlichen Streitigkeiten	28
g) Entlastung der Gerichte	28
h) Stärkung außergerichtlicher Streitschlichtung	29
i) Weitere Allgemeinanliegen	29
III. Weitere Anwendungsmöglichkeiten der Musterfeststellungsklage	29
IV. Historie des europäischen kollektiven Verbraucherschutzes	30
V. Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur EU- Verbrauchersammelklage	31
VI. Historie des kollektiven Rechtsschutzes in Deutschland	33
VII. Das Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage	36
VIII. Abgrenzung zu US-amerikanischen Class Actions	38
IX. Abgrenzung zu anderen Prozessinstrumenten	39
1. Verfahrensverbundung	39
2. Aussetzung wegen Vorgefährlichkeit	40
3. Streitgenossenschaft	40
4. Nebenintervention	41
5. Einziehungsklage nach § 79 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 ZPO	41
6. Freiwilliger Musterprozess	41
7. Inkassozeession	42
§ 2 Anwendungsbereich (Heigl/Normann)	43
I. Persönlicher Anwendungsbereich / Verfahrensbeteiligte	44
1. Bestimmung des Musterklägers	44
a) Qualifizierte Einrichtung	44
b) Gefahr der Entstehung eines Wettlaufs qualifizierter Einrichtungen	46

Inhaltsverzeichnis

2. Stellung des Verbrauchers	47
a) Angemeldeter Verbraucher	48
aa) Definition des Verbrauchers	48
bb) Voraussetzungen der Anmeldung	48
cc) Rechtsfolgen der Anmeldung	49
b) Nicht angemeldete oder schon klagende Verbraucher	50
c) Keine Anmelde­möglich­keit für Unternehmer	50
3. Ausländische qualifizierte Einrichtungen und Verbraucher	51
4. Musterbeklagte	52
II. Sachlicher Anwendungsbereich	53
1. „Feststellungsziele“ iSd § 606 Abs. 1 S. 1 ZPO	53
a) Bestimmung der Feststellungsziele	54
b) Möglichkeit der Antragshäufung	54
c) Einwendungen	55
d) Bedeutung der Feststellungsziele	55
aa) Bestimmung des Streitgegenstands und der Reichweite der späteren Bindungswirkung	55
bb) Sperrwirkung für weitere Musterfeststellungsklagen	56
cc) Glaubhaftmachung und Anmeldung von Verbraucheransprüchen	56
2. Tatsachenfeststellung	57
3. Klärung von Rechtsfragen	57
4. Nichtfeststellungsfähige Fragen (Kausalität, Schaden)	58
5. Keine Feststellung der Rechtsfolgen im Einzelfall	58
6. Abgrenzung zum Anwendungsbereich weiterer Verbandsklagen ...	59
III. Temporaler Anwendungsbereich	63
§ 3 Verfahrenseinleitung (Rohls)	64
I. Gerichtliche Zuständigkeit	65
1. Sachliche Zuständigkeit der Oberlandesgerichte (§ 119 Abs. 3 GVG)	65
2. Örtliche Zuständigkeit bei reinen Inlandssachverhalten (§ 32 c ZPO)	67
3. Sachverhalte im Anwendungsbereich der EuGVVO	67
4. Auslandssachverhalte außerhalb des Anwendungsbereichs der EuGVVO	71
II. Zulässigkeit der Musterfeststellungsklage	72
1. Klagebefugnis der qualifizierten Einrichtungen	72
2. Internationale Sachverhalte	74
3. Zwingende Angaben der Klageschrift nach § 606 Abs. 2 ZPO	76
4. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen gemäß § 606 Abs. 3 ZPO	77

III. Feststellungsziele	77
1. Gesetzliche Vorgaben	78
2. Beispiele	79
3. Beschränkung der Feststellungsziele nach Art des Anspruchs und zugrundeliegendem Recht	81
IV. Wirkung einer rechtshängigen Musterfeststellungsklage	82
1. Sperrwirkung eines Antrages („Windhundprinzip“, § 610 Abs. 1 ZPO)	83
2. Verbindung nach § 147 ZPO bei Anträgen am selben Tag (§ 610 Abs. 2 ZPO)	86
3. Verjährung, Ausschluss der Individualklage (§ 610 Abs. 3 ZPO) und Aussetzung von laufenden Prozessen bei Anmeldung des Klägers (§ 613 Abs. 2 ZPO)	89
4. Mögliche Aussetzung einer Individualklage eines Unternehmers bei Vorgeiflichkeit des Musterfeststellungsantrages (§ 148 Abs. 2 ZPO)	90
V. Die Haftung im Rechtsverhältnis zwischen der qualifizierten Einrichtung und dem Verbraucher	92
1. Art des Rechtsverhältnisses zwischen der qualifizierten Einrichtung und den angemeldeten Verbrauchern	92
a) Einordnung als Auftrag	92
b) Einordnung als reines Prozessrechtsverhältnis	93
c) Einordnung als echte, berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag, §§ 677 ff. BGB	93
2. Haftungsfälle	94
3. Haftungsprivilegierung	94
§ 4 Bekanntmachung (Boese/Bleckwenn)	96
I. Errichtung des Klageregisters	97
1. Zweck der öffentlichen Bekanntmachungen	97
2. Eintragungen, Auskunft und Auszugsgewährung	98
3. Führung des Klageregisters	99
4. Verordnungsermächtigung	99
II. Voraussetzungen der Bekanntmachung der Musterfeststellungsklage ..	100
1. Angaben und Nachweise zum Kläger als qualifizierte Einrichtung	100
2. Angaben zur Breitenwirkung; Darlegung der Abhängigkeit der Verbraucheransprüche von den Feststellungszielen	101
3. Prüfung durch das Gericht	103
a) Prüfungsmaßstab	103
b) Prüfung der Klagebefugnis	104
c) Schlüssigkeits- und Zulässigkeitsprüfung	105

Inhaltsverzeichnis

III. Inhalt und Zeitpunkt der Bekanntmachung	106
1. Öffentliche Bekanntmachung der Musterfeststellungsklage	106
2. Weitere verfahrensrelevante Bekanntmachungen	107
3. Bekanntmachung der Verfahrensbeendigung	108
IV. Wirkung der Bekanntmachung	109
1. Beginn der Zweimonatsfrist	109
2. Aussetzung von Verbraucherklagen	109
3. Aussetzung von Unternehmerklagen	109
a) Sinn und Zweck der Regelung	110
b) Antragsfordernis, Voraussetzungen und gerichtliches Ermessen	110
V. Aufbewahrungsfrist im Klageregister	111
VI. Einsicht ins Klageregister	111
1. Unentgeltliches Einsichtsrecht für jedermann	111
2. Auskunftsanspruch der angemeldeten Verbraucher	112
3. Anspruch des Gerichts auf Auszugserteilung	112
4. Anspruch der Parteien auf Auszugserteilung	112
VII. Rechtsschutz gegen die Bekanntmachung	112
 § 5 Anmeldung (<i>Boese/Bleckwenn</i>)	115
I. Überblick	116
II. Anmeldebefugnis: Verbraucher	117
III. Gegenstand der Anmeldung	118
1. Ansprüche oder Rechtsverhältnisse	118
2. Abhängigkeit der anzumeldenden Ansprüche von den Feststellungszielen	118
IV. Formelle und inhaltliche Anforderungen	119
1. Adressat, Form und Frist	119
2. Beteiligendaten	119
3. Angabe von Gegenstand und Grund des Anspruchs oder des Rechtsverhältnisses	120
4. Keine Pflicht zur Angabe der Anspruchshöhe	121
5. Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben	122
6. Kein Anwaltszwang	123
7. Eintragung in das Klageregister	123
a) Eintragung ohne inhaltliche Prüfung	123
b) Umgang mit formal fehlerhaften Anmeldungen	124
V. Wirkungen der Anspruchsanmeldung	125
1. Keine Beteiligung des Verbrauchers am Musterverfahren	125
2. Bindungswirkung des Urteils und Kollektivwirkung des Vergleichs	125
3. Verjährungshemmung	126
a) Voraussetzungen und Umfang der Hemmung	126
b) Rückwirkung der Hemmung	126

c) Ende der Verjährungshemmung	128
4. Aussetzung anhängiger Verfahren	129
a) Anwendungsbereich	129
b) Sachliche Voraussetzung: Voreigeflichkeit	129
c) Verbraucherwahlrecht	130
5. Sperrwirkung der Anmeldung für einen Individualprozess	131
6. Wirkung einer fehlerhaften Anmeldung bei Aufnahme in das Klageregister	132
VI. Rücknahme	132
VII. Information der Verbraucher, Auskunfts- und Auszugserteilung aus dem Klageregister	133
1. Information der Verbraucher	133
2. Auskunftsanspruch der Parteien	134
3. Datenübermittlung an das Gericht zwecks Zulässigkeitsprüfung ..	134
§ 6 Durchführung des Musterverfahrens (<i>de Lind van Wijngaarden</i>)	135
I. Allgemeine Verfahrensregeln und modifizierte Anwendung der ZPO ..	136
1. Anzuwendende Verfahrensregeln	137
2. Ausdrücklich ausgeschlossene Vorschriften	138
a) Kein obligatorisches Güteverfahren	138
b) Kein Klageverzicht	138
c) Keine Übertragung auf den Einzelrichter	139
d) Keine Entscheidung im schriftlichen Verfahren	139
e) Keine Nebenintervention und Streitverkündung im Verhältnis zu Verbrauchern	140
II. Verfahren unter Berücksichtigung der besonderen Struktur der Musterfeststellungsklage	141
1. Verfahrensgestaltung	141
2. Ausschluss und Ablehnung von Richtern	143
3. Öffentliche Bekanntmachungen zum Verfahren	144
4. Eingeschränkte Prozessakteneinsicht durch angemeldete Verbraucher	145
5. Elektronischer Rechtsverkehr	146
6. Streitgenossenschaft	147
a) Aktive Streitgenossenschaft	147
b) Passive Streitgenossenschaft	148
7. Einbeziehung Dritter ins Verfahren	148
8. Verfahrenstrennung / Verfahrensverbund	149
9. Klagerücknahme / übereinstimmende Erledigungserklärung	149
10. Antragsänderung, -erweiterung und Widerklage	150
a) Objektive Antragsänderung	150
b) Subjektive Antragsänderung	152
c) Widerklage	153

Inhaltsverzeichnis

11. Darlegung und Beweisführung	154
a) Strengbeweis und Freibeweis	154
b) Allgemeine Darlegungs- und Beweislast	155
c) Sekundäre Darlegungslast	155
d) Sonderregelungen zur Darlegungs- und Beweislast	156
e) Beweismittel	156
aa) Zeugenbeweis	156
bb) Urkundenvorlage	156
cc) Sachverständigenbeweis	157
12. Mündliche Verhandlung	157
13. Rügeobliegenheit und Verspätung	157
a) Verfahrensrügen im Sinne des § 295 ZPO	158
b) Zurückweisung verspäteten Vorbringens nach § 296 ZPO	158
c) Vorbringen nach Schluss der mündlichen Verhandlung nach § 296 a ZPO	159
14. Unterbrechung und Aussetzung	159
a) Aussetzung der Individualklagen	160
aa) Angemeldete Verbraucher	160
bb) Unternehmer	161
cc) Nicht angemeldete Verbraucher	161
b) Unterbrechung der Musterfeststellungsklage	161
aa) Tod einer Partei oder ihres Rechtsbeistands	162
bb) Unterbrechungsgründe in der Person der angemeldeten Verbraucher	162
15. Säumnisverfahren	162
16. Anerkenntnis	163
III. Vorgeiflichkeit – EU-Vorlageverfahren nach Art. 267 AEUV	164
 § 7 Verfahrensbeendigung durch Vergleich (Mekat)	 166
I. Normzweck	167
II. Formelle Anforderungen an das Zustandekommen des Vergleichs	167
1. Kein Vergleich vor dem ersten Termin	168
2. Keine Durchführung einer Güteverhandlung	168
III. Inhalt des Vergleichs	169
1. Grundsätze zur Ausgestaltung des Vergleichsinhalts	169
2. Bedeutung der einzelnen fakultativen Vergleichsinhalte nach § 611 Abs. 2 ZPO („Soll-Inhalte“)	170
3. Auf die angemeldeten Verbraucher entfallende Leistungen	170
a) Bestimmung etwaiger Leistungen	171
b) Ausgestaltung der Leistungspflicht des Musterbeklagten	171
4. Benötigte Nachweise über die Leistungsberechtigung	171
a) Nachweise über das Bestehen der angemeldeten Forderung	172
b) Nachweise über Bindung des Verbrauchers	172

c) Fälligkeit der Leistungen	172
5. Verteilung der Vergleichskosten	173
6. Sonstige mögliche Inhalte	173
7. Teilvergleich	174
IV. Genehmigungsbedürftigkeit	174
1. Grundsätze der Genehmigungsbedürftigkeit	175
2. Angemessenheitsprüfung	175
a) Prüfungsumfang	176
b) Angemessene Kompensation der angemeldeten Verbraucher ...	177
c) Sonstige berücksichtigungsfähige und -würdige Umstände	178
3. Rechtsfolgen der Genehmigung	178
V. Belehrungserfordernis	179
VI. Austrittsrecht der angemeldeten Verbraucher	179
1. Austrittserklärung (Opt-Out)	180
a) Fehlender Anwaltszwang	180
b) Wirkungen der Austrittserklärung	180
2. Form und Frist der Austrittserklärung	181
3. Widerruflichkeit der Austrittserklärung?	181
4. Gesetzliches Quorum zur Annahme der Wirksamkeit des Vergleichs	181
VII. Feststellung der Wirksamkeit durch gerichtlichen Beschluss	182
VIII. Vergleichsvorschläge durch das Gericht	182
1. Gerichtlicher Vergleichsvorschlag und Verfahren	183
2. Änderungen und Abweichungen des gerichtlichen Vergleichsvorschlags	183
3. Abstimmung mit Parteien	183
IX. Wirkung des Vergleichs	184
1. Beendigung des Musterverfahrens	184
a) Verfahrensbeendigung durch Wirksamkeitsbeschluss	184
b) Wiedereröffnung ausgesetzter Verfahren	184
c) Beendigung der Verjährungshemmung	185
2. Persönliche Reichweite	185
3. Vergleichswirkungen	185
X. Nichterfüllung des Vergleichs und Konsequenzen	186
1. Vollstreckbarkeit des Vergleichs	186
a) Mustervergleich als Vollstreckungstitel?	186
b) Vollstreckung in Mitgliedsstaaten der EU	186
2. Individualverfahren aus in dem Vergleich enthaltenen Ansprüchen	187

Inhaltsverzeichnis

§ 8 Verfahrensbeendigung durch Urteil (<i>Mekat</i>)	188
I. Verfahrensbeendigung durch Musterfeststellungsurteil	189
1. Gegenstand der Entscheidung	189
2. Bestandteile des Musterfeststellungsurteils	190
a) Rubrum	190
b) Tenor	190
c) Tatbestand	191
d) Entscheidungsgründe	191
e) Unterschriften	192
3. Verkündung und Bekanntmachung	192
II. Zwischenurteil über die Zulässigkeit der Musterfeststellungsklage	193
1. Anwendungsbereich eines Zwischenurteils	193
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	194
a) Klagebefugnis einer qualifizierten Einrichtung	194
b) Glaubhaftmachung der Betroffenheit von mindestens zehn Verbrauchern	195
c) Wirksame Anmeldung von mindestens 50 Verbrauchern im Klageregister	195
d) Musterverfahrensfähigkeit der Feststellungsziele	195
aa) Fehlende Musterverfahrensfähigkeit aufgrund individueller Typizität	196
bb) Fehlende Musterverfahrensfähigkeit von Feststellungen zu Kausalität und Schaden	196
cc) Fehlende Musterverfahrensfähigkeit von Feststellungen zu Verjährung und Verwirkung	197
dd) Musterverfahrensfähigkeit von Rechtsfragen?	197
III. Wirkungen des Musterfeststellungsurteils	198
1. Rechtskraftwirkung des Musterfeststellungsurteils	198
a) Allgemeine zivilprozessuale Grundsätze	198
b) Sachliche und persönliche Reichweite	199
c) Sperrwirkung eines rechtskräftigen Musterfeststellungsurteils gegen spätere Klagen durch qualifizierte Einrichtungen	199
2. Bindungswirkung für angemeldete Verbraucher	201
a) Persönliche Reichweite der Bindungswirkung	201
b) Sachliche Reichweite der Bindungswirkung	202
aa) Feststellungsziele	203
bb) Feststellungsanträge des beklagten Unternehmens?	203
cc) Lebenssachverhalt	204
dd) Umfang und Grenzen der Bindungswirkung	205
c) Rechtsnatur der Bindungswirkung	206
aa) Keine lediglich innerprozessuale Bindungswirkung	206
bb) Unterschiede zur Interventionswirkung nach §§ 74, 68 ZPO	206
cc) Unterschiede zur Rechtskraft	207

dd) Bindungswirkung eigener Art (sui generis)	207
3. Grenzen der Bindungswirkung	207
a) Abweichender Sachverhalt des Individualprozesses	208
b) Unzulässige Feststellungsziele	208
c) Entfallen, Veränderung oder Hinzutreten entscheidungsrelevanter Tatsachen	209
d) Verzicht auf die Bindungswirkung der Feststellungen durch den Verbraucher?	209
4. Faktische Bedeutung des Musterfeststellungsurteils	210
IV. Anerkennungsfähigkeit und Vollstreckbarkeit	211
1. Anerkennungsfähigkeit nach europäischem Recht	211
2. Anerkennungsfähigkeit nach internationalem Recht	212
a) Bilaterale oder multilaterale Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge	212
b) USA	212
3. Vollstreckbarkeit nach nationalem, europäischem und internationalem Recht	213
a) Deutsches Recht	213
b) EuGVVO	213
c) Völkerrechtliche Verträge	214
§ 9 Rechtsmittel (<i>Mekat</i>)	216
I. Revision gegen das Musterfeststellungsurteil, § 614 ZPO	216
1. Einführung	217
2. Zulässigkeit der Revision	217
a) Statthaftigkeit der Revision	217
b) Form	218
c) Frist	218
d) Beschwer des Revisionsklägers	219
aa) Beteiligte und Betroffene im Revisionsverfahren	219
bb) Beschwer und Beschwerdewert	219
e) Zulassung des Rechtsmittels	220
f) Zuständiges Rechtsmittelgericht und Postulationsfähigkeit	220
3. Begründetheit der Revision	221
a) Abgrenzung von Rechtsfragen und Tatfragen	221
b) Verfahrensmängel	222
aa) Verfahrensmängel und neue, streitige Tatsachen	222
(1) Von Amts wegen zu berücksichtigende Verfahrensmängel	223
(2) Rügepflichtige Verfahrensmängel	223
bb) Ursächlichkeit der Verfahrensmängel für das Musterfeststellungsurteil	224
cc) Gegenrügen des Revisionsbeklagten	225
dd) Präklusion, § 296 ZPO	225

Inhaltsverzeichnis

c) Sachliche Richtigkeit des angefochtenen Urteils	225
aa) Verletzung revisiblen Rechts durch das Urteil des Oberlandesgerichts	225
bb) Ursächlichkeit der Rechtsverletzung für die angefochtene Entscheidung	226
cc) Umfassende Prüfung sachlicher Richtigkeit innerhalb der Anträge	226
II. Berichtigungsanträge	227
1. Tatbestandsberichtigung, § 320 Abs. 1 ZPO	227
a) Bedeutung und Voraussetzungen des Tatbestandsberichtigungsantrags	227
b) Anfechtung der Zurückweisung oder des Antrags auf Tatbestandsberichtigung	228
2. Protokollberichtigung, § 164 Abs. 1 ZPO	228
3. Urteilsberichtigung, § 319 Abs. 1 ZPO	229
4. Urteilsergänzung, § 321 Abs. 1 ZPO	229
§ 10 Kosten (Schmaltz)	230
I. Kosten im Musterfeststellungsverfahren	230
II. Gerichtskosten	231
1. Streitwertbemessung	231
2. Wertobergrenze	232
3. Keine Härtefallregelung in Form einer Streitwertminderung	232
III. Anwaltliche Vergütung im Musterverfahren	232
1. Anwaltliche Vertretung der klagebefugten Einrichtung	233
2. Anwaltliche Vertretung der Beklagten	233
3. Anwaltliche Vertretung von Verbrauchern	234
IV. Kostenerstattung	236
V. Fragen der Prozessfinanzierung	237
1. Rechtsschutzversicherung	237
2. Prozessfinanzierung	237
§ 11 Folgeverfahren (Schroeder)	239
I. Grundsätzliches zum Folgeverfahren	240
1. Notwendigkeit von Folgeverfahren aufgrund des Zweiphasenmodells	240
2. Eigenschaften des Folgeverfahrens	241
II. Folgeverfahren und Bindungswirkung	241
1. Bindungswirkung eines Musterfeststellungsurteils	242
a) Bindungswirkung und Rechtskraft	242
b) Wirkung für und gegen den Verbraucher	242
c) Sachlicher und persönlicher Geltungsbereich	244
d) Parallelen zum KapMuG	244

2.	Bindungswirkung eines Vergleichs	245
a)	Rechtsnatur der Bindungswirkung nach § 611 ZPO	245
b)	Sachliche Reichweite der Bindungswirkung	245
c)	Persönliche Reichweite der Bindungswirkung	246
d)	Vergleich mit den Regelungen des KapMuG	246
3.	Geltendmachung der Bindungswirkung im Folgeverfahren	247
4.	Zusammenfassung	247
III.	Berücksichtigung von individuellen Verteidigungsmitteln	248
1.	Grundsatz	248
2.	Diskussion einzelner Verteidigungsmittel	249
3.	Präklusion von Verteidigungsmitteln?	250
IV.	Szenarioanalyse	251
1.	Folgeverfahren nach Musterfeststellungsurteil	251
a)	Angemeldeter Verbraucher mit ausgesetztem Verfahren	251
b)	Angemeldeter Verbraucher ohne vorher eingeleitetes Verfahren	251
c)	Verbraucher mit zurückgenommener Anmeldung	252
d)	Dritte: Nicht angemeldeter Verbraucher und Unternehmer	253
2.	Folgeverfahren nach Vergleich im Musterfeststellungsverfahren ...	254
a)	Angemeldeter Verbraucher mit ausgesetztem Verfahren	255
b)	Angemeldeter Verbraucher ohne vorher eingeleitetes Verfahren	255
c)	Verbraucher mit zurückgenommener Anmeldung	256
d)	Aus dem Vergleich ausgetretener Verbraucher	257
e)	Dritte: Unbeteiligte Verbraucher und Unternehmer	257
3.	Grafische Übersicht: Folgeverfahren und Bindungswirkung	257
V.	Einsatz von Legal Tech?	258
VI.	Vorläufiges Fazit und Ausblick	259
§ 12	Formulare – Musterfeststellungsklage (<i>Mallmann</i>)	261
I.	Formular – Musterfeststellungsklage	262
1.	Formular	262
2.	Erläuterungen	263
II.	Formular – Musterfeststellungsklageerwiderng	268
1.	Formular	268
2.	Erläuterungen	269
III.	Formular – Gerichtliche Entscheidung	269
1.	Formular	269
2.	Erläuterung	271
3.	Weitere Hinweise	273

Inhaltsverzeichnis

IV. Formular – Gerichtlicher Vergleich	273
1. Formular	273
2. Erläuterung	274
V. Checklisten	275
1. Checkliste: Ist die Musterfeststellungsklage sinnvoll für den Streitgegenstand?	275
2. Checkliste: Anforderungen an den Kläger	276
3. Checkliste: Wesentliche Prüfungspunkte des Oberlandesgerichts ..	277
4. Checkliste: Wesentliche Prüfungspunkte für das mit nachgeschalteten Individualklagen der angemeldeten Verbraucher befasste Gericht	278
Anhang: Materialien	279
Stichwortverzeichnis	297